

NACHRICHTEN

AUS DEM

HINTERHALT

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung
alle 14 Tage
brandaktuell
Unabhängige Initiative
Informationsvielfalt
Gumpendorferstraße
157/11
1060 Wien
Tel.: (0222) 56 80 78
Konto: PSK 7547 212

MINUS 30 NUMMER

(9/92)

16. MAI 1992

PREIS: öS 15,—

In dieser Nummer:

- # Freilassung aller Anti-Expo Gefangener in Sevilla
- # Antifademo Offenhausen/OÖ; 1. Mai
- # USA: Streik bei Caterpillar
- # Richterliche Ermittlungen in Sachen Militärverweigerung
- # Internationales Camp in Palästina
- # Streiks in der BRD
- # Aufstand in den USA
- # zur literarischen "Freiheit" Babies zu vergewaltigen
- # Haven in Innsbruck bedroht
- # Erklärung der RZ (Revolutionären Zellen) zum Tod eines Genossen
- # ein Comix



Letzte Nachrichten vom Spanischen Staat Alle Anti-Expo Gefangenen frei

(A.) Über die Mißhandlungen existieren bereits mehrere Berichte, bzw. sind erst im Entstehen. Die bereits in der letzten Tb-Nummer abgedruckte Sammlung von Zeugenaussagen von Karl Rössel; eine Dokumentation in spanischer Sprache wird demnächst fertiggestellt werden; die *Asociación pro Derechos Humanos* (Menschenrechtsvereinigung, mit Sitz in Madrid, Zweigstelle in Sevilla; gibt auch eine Zeitschrift mit dem Titel *Derechos Humanos* heraus) ist gerade dabei, detaillierte Fragebögen an die Betroffenen zu verschicken; weiters fanden in Sevilla zwei Pressekonferenzen mit dem sel-

ben Thema statt.

Über den Volksanwalt (*Defensor del Pueblo*), und zwar den von Spanien, als auch den von Andalusien, wird jeweils eine Anzeige erstattet werden.

Es sind alle freigelassen worden, AUCH PETER IST FREI; die aus dem Gefängnis entlassenen Angehörigen des Spanischen Staates müssen sich wöchentlich - bis zur Verhandlung - bei der Polizei ihrer Heimorte melden. Das durch Polizei und Presse systematisch aufbereitete Terrorismuskonstrukt wird, wie zu befürchten ist, auf sie angewandt werden. Zusätzlich zu den Ex-

Gefangenen bekamen etwa 20 weitere Leute Anklagen.

Arg ist die Situation des 17-jährigen Ulfes aus Euskadi. Er ist bereits einmal operiert worden, und er muß aller Voraussicht nach mindestens noch einmal operiert werden. Die Polizeikugeln haben bei dem 17-Jährigen eine Darmverletzung verursacht, die zur Folge hat, daß ein Teil seines Darms künstlich ersetzt werden mußte. Bis Donnerstag, den 19. April, mußte er *künstlich ernährt* werden, an dem Tag konnte er das erste Mal wieder normal essen. Er ist jetzt nach Pamplona zurückgebracht worden.

Erklärung der Gefangenen S. und R.

Wir sind seit dem 19. April in Sevilla in Haft und befinden uns derzeit im Untersuchungsgefängnis Sevilla-1. Wir nehmen im folgenden zu den Geschehnissen seit dem 19. April Stellung.

Das, was mit uns und neun anderen Personen geschieht, hat nichts mehr mit einer vorgeblichen Rechtsstaatlichkeit des spanischen Staates zu tun. - Bereits die Festnahmen erfolgten völlig willkürlich: Menschen wurden allein aufgrund ihrer Kleidung, ihres Aussehens und der Tatsache, daß sie sich am Abend des 19. April in der Innenstadt von Sevilla befanden, festgenommen.

- Obwohl keinerlei Widerstand geleistet wurde, wurden die Gefangenen während und nach der Festnahme mit Knütteln geschlagen.

- Auf dem Hof der Polizeikaserne "Punto Zero" wurden die Gefangenen gezwungen, bis zu zwei Stunden mit gespreizten Beinen und nach oben gestreckten Händen an einer Wand zu stehen, und wurden dabei immer wieder geschlagen.

- Alle Filme, die bei den Gefangenen gefunden wurden, wurden aus den Patronen gezogen und belichtet und so Beweismaterial vernichtet.

- Die Gefangenen wurden immer wieder falsch oder widersprüchlich informiert.

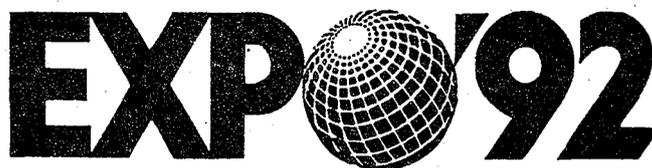
- Weder wurden Telefongespräche zugelassen, noch eine Anwältin oder ein Anwalt des Vertrauens informiert. Einem Anwalt, der sich mit den Gefangenen in Verbindung setzen wollte, wurde jede Kontaktaufnahme verweigert. Obwohl die Gefangenen aus der BRD mit einem oder einer Konsulatsangehörigen zu sprechen verlangten und diese/r

im Polizeikommissariat anwesend war, wurde ein Gespräch nicht zugelassen. Die Konsulate wurden von dritten Personen, nicht aber von der Polizei verständigt.

- Alle Anklageschriften gegen deutschsprachige Angeklagte sind Kopien des gleichen Textes, in dem nur die jeweiligen Namen eingetragen wurden. Der Text beschränkt sich auf das Zitieren einzelner Paragraphen aus dem Strafrecht und ist im übrigen auf den 22. April 1922 datiert.

- Vier der ersten fünf vom Haftrichter einvernommenen deutschsprachigen Ge-

von einem Übersetzer oder einer Übersetzerin ihres Vertrauens unterstützt worden. Einzelnen Personen wurde eine Wahlverteidigerin vom Gericht verweigert.



Wir sind wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration und Störung der öffentlichen Ordnung angeklagt. Diese Vorwürfe sind unhaltbar. Worum es wirklich geht, ist, daß öffentliche Kritik an der Expo 92 und den 500-Jahr-Feiern verhindert werden soll. Das wird mit diesen Vorwürfen zuge-

deckt. Den Menschen, die gegen diese Feiern argumentieren, soll klar gemacht werden, daß ihre Kritik unerwünscht ist, und welche Folgen die Äußerung ihrer Meinung haben kann.

Eine dieser Folgen ist die strafrechtliche Verfolgung aufgrund noch zu konstruierender Verdachtsmomente, eine andere die direkte Gewalt gegenüber einigen, die willkürlich herausgegriffen wurden. Das Vorgehen orientiert sich dabei nicht an realen Tatbeständen, sondern zum Beispiel am Aussehen, um zugleich ein "sauberes" Bild der Stadt Sevilla zu präsentieren. Denen, die Kritik üben - seien es einzelne Menschen, Gruppen oder Organisationen - wird gleichzeitig ein "schmutziges" Image aufgestempelt.



Einsatz für die Expo: Polizei in Sevilla

fangenen wurden in U-Haft eingewiesen, während alle anderen deutschsprachigen Gefangenen abgeschoben wurden. Gemeinsame Merkmale dieser fünf im Gegensatz zu den anderen Personen: ihre Fälle sind alle von einem anderen Richter als die übrigen bearbeitet worden: sie sind nicht

Fortsetzung von voriger Seite:

Fotografinnen und Fotografen, gleich aus welchem Interesse sie in Sevilla waren, sind vorrangiges Ziel von Polizei und Justiz, die sich so den Rücken freihalten wollen. Dieser Sichtweise entspricht auch, daß ein wesentlicher Teil der Fragen des Haftrichters und der Polizei sich nicht auf konkrete Vorfälle bezog, sondern auf die Meinung der/des Angeklagten zur Expo 92 und den 500-Jahr-Feiern.

Damit der spanische Staat seine Politik der Einschüchterung umsetzen kann, sind wir als "abschreckende Beispiele" im Gefängnis, während unsere Existenz als Menschen negiert wird.

Im Gegensatz dazu erfahren wir Unterstützung von vielen "draussen", bei der wir das Gefühl haben, daß wir als Personen ernst genommen werden.

Darüber hinaus gibt es teilweise eine korrekte Berichterstattung, die uns Mut macht, daß unsere Situation bekannt wird und nachvollzogen werden kann. Sie hebt sich wohltuend ab von der Hofberichterstattung im Interesse des spanischen Staates und der Expo-Betreiber, wie auch von der Hetze einiger Medien im deutschsprachigen Raum*. Einen genaueren Überblick über die Veröffentlichungen zu gewinnen, ist leider aufgrund unserer Lage nicht möglich.

Wir sehen diese Erklärung als Beitrag gegen eine Grabesstille, die durch die Repression des spanischen Staates erreicht werden soll. Wir grüßen alle Gefangenen, die aus den gleichen Gründen in spanischen Gefängnissen festgehalten werden. Wir bedanken uns bei den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern und hoffen, bald gemeinsam in Freiheit zu sein.

Sevilla, am 27. April 1992

Fußnote:

* Ein Beispiel für unseriöse Berichterstattung: Die Meldung in "Die Presse" (Wien) vom 23. April gegenüber der APA-Meldung Nr. 169 vom 22. April, auf die sich "Die Presse" bezieht.

Welt -
ausstellung ?



Illinois / USA

Streik bei Caterpillar

Werden die US-Gewerkschaften von Bulldozern überrollt? Der Arbeitskampf gegen den größten Baumaschinenhersteller der Welt entscheidet auch über die Zukunft des Streikrechts.

(von W. Beyer; entnommen aus: Die Alternative; herausgegeben von der GE)

Der Begriff "Caterpillar" findet sich sogar im Lexikon: als "Raupenschlepper, der besonders beim Straßenbau eingesetzt wird". Und doch ist es eigentlich nur ein Firmenname. "Caterpillar" erzeugt schwere Baufahrzeuge, Traktoren und Maschinen, gehört zu den wenigen amerikanischen Branchenriesen, die sich bisher gegen die internationale Konkurrenz halten konnten und zählt mit fast 60% Übersee-Exportanteil zu den "gesunden" Konzernen Amerikas, "dessen Ökonomie stottert und hustet und zittert", wie der Wirtschaftspublizist Thomas Geoghegan vor kurzem schrieb. Seine "Gesundheit" verdankt "Caterpillar" nicht zuletzt einem rigorosen "Gesundenschumpungsprogramm", dem im letzten Jahrzehnt 35 000 der insgesamt fast 90 000 Arbeitsplätze geopfert wurden.

Doch das scheint Firmenchef Donald Fites, der stolz auf einen Jahresumsatz von 10 Milliarden Dollar verweist, zu wenig. Weshalb er den von der Gewerkschaft United Auto Workers (UAW) im vergangenen Oktober vorgelegten Tarifvertrag rundweg ablehnte. Die Methode, derer sich die Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen bedienen, heißt "pattern agreement": Verträge werden zunächst mit den Stärksten der Branche abgeschlossen und dann auf kleinere Betriebe übertragen. Mit dem "Caterpillar"-Konkurrenten "John Deere" konnte eine Einigung erzielt werden, doch Fites blieb hart: vor allem die Erhöhung der Mindestlöhne und Pensionen müsse gebremst werden, um den Konzern "global konkurrenzfähig" zu erhalten, wie Firmensprecher Gilbert Nolde erklärte. Fazit: im November traten 2 400 ArbeiterInnen in den Streik, "Caterpillar" reagierte mit Aussperrungen, die Verhandlungen wurden abgebrochen.

Inzwischen haben bereits mehr als 12 000 ArbeiterInnen in fünf Werken die Arbeit niedergelegt, und längst geht es um mehr als "nur" um strittige Tarife. Ende März flatterte den Streikenden ein Schreiben der Firmenleitung ins Haus, in dem es hieß: "Wir anerkennen ihr Recht, weiter zu streiken." Aber diese "Anerkennung" mündete in eine offene Drohung: "Wenn Sie sich nicht dazu entscheiden, zurückzukehren..... könnten Sie ihren Arbeitsplatz verlieren." Diese Unternehmerlogik mag zynisch anmuten, und doch kann sie sich auf geltendes Recht berufen: aus einem 1938 gefällten Urteil des Obersten US-Gerichtshofes geht klar hervor, daß ein Betrieb streikende Beschäftigte durch Neueinstellungen ersetzen darf. Daß diese Erkenntnis jahrzehntelang wirkungslos blieb, ändert nichts an seiner Gültigkeit. Die erste, die von diesem Urteil wieder Gebrauch machte, war bezeichnenderweise die Reagan-Administration selbst, als sie 1981 11 000 streikende Fluglotsen feuern und durch "arbeitswilliges" Personal ersetzen ließ.

"Damit wurde ein politisches Klima geschaffen, in dem Arbeitgeber keine Skrupel mehr haben mußten, Gewerkschaften in ihrem Unter-

nehmen zu zerschlagen", meinte James Parks, ein Vertreter des Dachverbandes AFL-CIO. Das Beispiel macht, wie der Arbeitskampf bei "Caterpillar" beweist, Schule. Die Versuche, das umstrittene Gerichtsurteil zu revidieren, sind Legion. Zuletzt diskutierte das Repräsentantenhaus unter dem Druck der Gewerkschaften vor einem Jahr über ein Gesetz, daß derartige Praktiken verbieten soll, aber schon hat George Bush — auch in dieser Hinsicht der logische Nachfolger Reagans — sein Veto angekündigt. Während sich Bill Clinton in der Hitze des Stimmenfangs fürs Streikrecht stark macht: "Niemand sollte deshalb seinen Job verlieren!", verkündete er publikumswirksam in Peoria, jener Stadt, in der die Arbeitskämpfe vor einem halben Jahr begonnen hatten.

"Das letzte, was wir wollen", erklärte Fites kürzlich, "ist neue Beschäftigte anzuheuern". Was seinen Konzern aber nicht daran hinderte, via Inserat-Kampagnen Stellensuchende anzulocken. Und die gibts in Illinois genug: mit einer Arbeitslosenrate von fast neun Prozent liegt der Bundesstaat weit über dem Landesdurchschnitt, die Aussichten werden immer trister. Und so fährt UAW quasi einen Zweifrontenkrieg: gegen jene Firma, die nicht nur Bulldozer erzeugt, sondern auch wie ein solcher agiert, und gegen die Gefahr der "scabs", der "Streikbrecher". Bisher wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen, aber die Verlockung ist — angesichts eines wöchentlichen Streikgeldes von mageren hundert Dollar — groß.

Der Journalist Christian Tenbrock berichtete von einem Arbeiter, der Auto und Motorrad verkaufen mußte, um sich den Streik leisten zu können — und das ist sicher kein Einzelfall. Wer den Begriff "Klassengesellschaft" für ein längst widerlegtes Hirngespinnst eines bärtigen Urgroßvaters hält, sollten sich die folgenden, von Tenbrock recherchierten Fakten zu Gemüte führen: im letzten Jahrzehnt hat sich das Gehalt eines amerikanischen Spitzenmanagers verdoppelt, während die Kaufkraft eines Durchschnittslohns um sieben Prozent zurückgegangen ist — gar nicht zu reden von den untersten Einkommenschichten und Arbeitslosen.

Die Krise der amerikanischen Ökonomie hat auch eine tiefe Krise der Gewerkschaften augenfällig gemacht. In den vergangenen dreißig Jahren ist der Anteil der organisierten ArbeiterInnen von 34 auf 16 % geschrumpft. Und die Auseinandersetzungen ums Streikrecht zu zeigen, wie sehr die gewerkschaftliche Organisationen in die Defensive geraten sind — trotz der großen Kampfbereitschaft in den Städten Peoria, Mapleton, Aurora, Mossville und Pontiac. "Caterpillar will uns in Peoria zerschlagen", fürchtet der UAW-Sprecher Carl Mantyla. Wenns gelingt, werden auch gut gemeinte Gesetzesanträge und Clintons fromme Vorwahl-Sprüche wenig bewirken können.

USA: NO JUSTICE, NO PEACE !!!

(TATblatt-Wien)

58 Tote, mehr als 2400 Verletzte, 12000 Verhaftete.

29./30.4.: Kurz nach Bekanntwerden des Urteils gegen die 4 angeklagten weißen Polizisten, die aufgrund des Videos eines Hobbyfilmers aus der Nacht vom 3. März 1991 vor Gericht standen, kam es in dem schwarzen Ghetto South Central (L.A.) zu den schwersten Unruhen seit 1965. Auf dem Videoband war die schwere Mißhandlung des Schwarzen Rodney King durch mehrere Polizisten zu sehen.

Rodney King wurde wegen Geschwindigkeitsübertretung von den "Freunden und Helfern" auf der Autobahn gestoppt; nachdem sie ihm 2 Elektroschocks "verabreicht" hatten, schlugen und traten sie ihn so lange, bis er sich nicht mehr rührte. Einer der angeklagten Polizisten gab zu Protokoll, daß aufgrund der Tatsache, daß sich King nach den Elektroschocks noch bewegte, er annehmen mußte, daß er unter Einfluß von Drogen stand, die ihm übermenschliche Kräfte verliehen. Diese Aussage deckt sich mit der der Verteidigung der Anwälte, die vor Gericht so argumentierten, daß sich ihre Mandanten ordnungsgemäß und den Polizeiregeln entsprechend verhalten hätten.

LAPD-Chef (Los Angeles Police Department) Derryl Gates hat in den 14 Jahren seiner Amtszeit eine der brutalsten und rassistischsten Polizeieinheiten der USA aufgebaut. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt 1978 gab er in einem Interview bekannt, daß er "hispanic policemen" nicht befördern würde, weil diese allesamt faul seien. Zu einer speziellen US-Polizeitaktik, welche aus einem Würgegriff besteht, bei dem die Halsschlagader zugeedrückt wird, befragt, sagte er, daß diese Methode bei Schwarzen möglicherweise gefährlich sein könnte, weil sich bei Schwarzen die Arterien nicht so schnell öffnen, wie bei "normalen" Menschen...

Dieser Polizeitechnik sind bis 1983 16 Menschen zum Opfer gefallen.

Präsident Bush hat noch vor einem Jahr die "hervorragende Arbeit Gate's gelobt. 1991 kam eine Untersuchungskommission zu dem Schluß, daß in der L.A.P.D. 200 Bullen einschlägige Aktenvermerke von Amtsmissbrauch in Verbindung mit Gewalttätigkeit haben, viele davon mit enthusiastischem Lob ihrer Vorgesetzten versehen.

Eine besonders logische Begründung

hatte der Sprecher des Weißen Hauses, Marlin Fitzwater, parat: er meinte, daß die Verantwortung für den Aufstand bei den staatlichen "Wohlfahrts- und Sozialprogrammen" der Demokraten in den 60er und 70er Jahren läge. Dieser menschenverachtende Zynismus kann zwar kaum überboten, aber sehr leicht mit Fakten widerlegt werden: Anhand einer Studie, die von der US-Bürgermeisterkonferenz in Auftrag gegeben, wurde für 50 US-Städte nachgewiesen, daß in den 80er Jahren, während die Budgets der Städte durchschnittlich um 95% anstiegen, der staatliche Beitrag zu diesen Budgets von 17% 1980 auf 6% 1990

schen oben und unten, beweist die Tatsache, daß das Armutsgefälle zwischen schwarzer Mittel- und Unterschicht in den letzten Jahren das Gefälle zwischen den Rassen noch überstieg.

Chronologie der Ereignisse:

Mittwoch nach brachen die Unruhen direkt nach der Urteilsverkündung im schwarzen Viertel South Central aus, breiteten sich dann schnell auf Hollywood, Downtown und Beverly Hills aus. Die Aufstände griffen ebenfalls

auf die Städte San Francisco, San Jose, Las Vegas, Madison, Birmingham, Atlanta, Tampa und Toronto über. In San Francisco, wo die Bullen sofort eingriffen, wurden bereits in der ersten Nacht über 400 Menschen verhaftet. Bullen wurden mit Flaschen und Steinen angegriffen, ihre Motorräder angezündet. In Las Vegas wurden in der ersten Nacht Angriffe mit Molotows-Cocktails auf zwei Polizeistationen gemeldet.

gemeldet.

Am Donnerstag wurde für Los Angeles der Ausnahmezustand ausgerufen, nächtliche Ausgangssperre in LA, San Francisco, Las Vegas und Atlanta.

2600 Nationalgardisten wurden nach LA beordert. Es kann kein Zufall sein, daß ausgerechnet die Nationalgarde, deren Aufgabe, entgegen der offiziellen Dienstvorschrift, in der Aufstandsbekämpfung liegt, in das sogenannte Krisengebiet entsandt wurde. Wahrscheinlich hätten die Herrschenden Probleme damit gehabt, gleich die reguläre Armee hinzuschicken, weil dort der Anteil an Schwarzen höher ist als der der Weißen.

Bush schickte außerdem 1000 Bundespolizisten und versetzte 4000 Mann der regulären Armee in Alarmbereitschaft (die Einheit von Marines, die sich bereits in Panama hervorragend bewehrt hat).

Erfreuliches Detail am Rande: Die beiden größten Gangs der Stadt, die "Crips" und die "Bloods" haben einen einstweiligen Waffenstillstand geschlossen, um gemeinsam gegen die Bullen vorgehen zu können. Auf einem veröffentlichten Flugblatt heißt es wörtlich: "Open season on LAPD". In L.A. sind ca. 90.000 Jugendliche in Gangs organisiert.



gefallen ist. Die angesprochenen Sozialprogramme sind hauptsächlich in der Amtszeit von Präsident Johnson angelaufen, u.a. Medicare, Medicaid, diverse Schul-, Miet- und Versorgungsprogramme, während unter der Amtszeit von Reagan und Bush diese Wohlfahrtsprogramme dramatisch gekürzt wurden, erreichte die Armut neue Rekorde.

Direkte Bundeszuschüsse sind seit 1981 um 60% gefallen, bundesweit wurden die staatlichen Wohlfahrtsprogramme seit den späten 70ern um 40% gekürzt.

Tatsache ist auch noch immer, daß die schwarze Bevölkerungsschicht im Durchschnitt um 50% weniger als die Weißen verdienen, daß mehr schwarze Jugendliche derzeit im Knast als auf Colleges sitzen. Häufigste Todesursache unter schwarzen Jugendlichen ist keine Krankheit, sondern Mord. Die Jahrzehnte alte Strategie der amerikanischen Regierung, Widerstand in den von ihnen geschaffenen Ghettos zu vernichten, geht heute wie damals in der Richtung auf, daß Alkohol, Waffen und Drogen (Crack, Heroin, Ice) die Schwarzen in einen Kreislauf bringen, in dem sie sich selbst umbringen, was den Herrschenden nur recht sein kann.

Daß die Grenzen nicht zwischen Völkern oder Rassen verlaufen, sondern zwi-

Streiks in der BRD

Die große Kraftprobe

So wie es aussieht, dürfte der große Streik in der BRD bei Erscheinen dieses TATblatts bereits vorüber sein. Wir schaffen es gewohnterweise nicht, eigene Berichte oder Stellungnahmen dazu zu produzieren. Im Folgenden aber ein Auszug eines Hintergrundberichtes der ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies aus dem "Handelsblatt", den wir wiederum der Wiener GE—Alternative-GewerkschafterInnen-Zeitschrift "Alternative" entnommen haben. Für viele stecken da vielleicht nicht alzu großartige Neuigkeiten drinnen, wir finden aber, daß ein solches Ereignis durchaus Beachtung finden muß, weshalb wir den Artikel abdrucken, damit nach dem großen Streik nicht vollständig zur Tagesordnung zurückgegangen werden kann.

(Handelsblatt; Alternative 5/92)

In der Tarifrunde 1991 war der Verhandlungsstand im öffentlichen Dienst vor der entscheidenden Runde ähnlich wie in diesem Jahr: Das Angebot der Arbeitgeber lag bei 4,1%, die Forderung der Gewerkschaft über 10%. Dann kam über Nacht die überraschende Einigung auf 6% plus Strukturverbesserung (hochgerechnet ein Volumen von rund 8,5%).

Wende in der Tarifpolitik

Bundeskanzler Kohl erklärte seinerzeit dieses Ergebnis für richtig und vernünftig, die "Tarifpolitiker" sprachen von einer "Kanzler-Runde". ÖTV-Chefin Wulf-Mathies erläutert, warum die Situation 1992 trotz ähnlicher wirtschaftlicher Bedingungen so ganz anders ist als 1991:

"Wir treffen in diesem Jahr auf eine geschlossene Arbeitgeberfront, die sich offensichtlich heilige Eide geschworen hat, in keinem Fall zu tun, was normal ist, nämlich in Verhandlungen eine Verständigung zu suchen. Statt dessen wird versucht, eine Wende in der Tarifpolitik durchzusetzen und dafür auch einen Arbeitskampf zu riskieren."

In den vergangenen Jahren hätten die Arbeitgeber immer eine branchenspezifische, eine differenzierte Lohnpolitik gefordert, was die ÖTV-Vorsitzende auch für durchaus richtig hält. Nun werde aber von den Arbeitgebern eine "dirigistische Einheitstarifpolitik" gefordert, ohne Rücksicht darauf, ob ein Wirtschaftszweig vor lauter Kraft nicht laufen könne, wie die Bankwirtschaft, oder ob es sich um notleidende Branchen handele.

Seit 1991 hat sich das politische Klima in der Bundesrepublik geändert. Die Parolen von 1990 und 1991, daß es allen Bürgern nach der Wiedervereinigung nur noch besser, daß es keinem schlechter gehen werde und daß die Kosten der Vereinigung aus der Westtasche bezahlt werden können, sind mittlerweile als Lügen entlarvt worden.

Heute ist klar, daß die Finanzierung der enormen Kosten der Wiedervereinigung nicht ohne Konsens zu erreichen ist.

Wulf-Mathies: "Das Bemühen um einen solchen Konsens aber wird vom Bundeskanzler bis heute abgelehnt, mit der Folge, daß man sich, eben nicht gemeinsam an einen Tisch setzt und klärt, was jede/r leisten kann und muß. Statt dessen werden einseitig von der Bundesregierung Entscheidun-

gen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen getroffen, nicht nur durch Wortbruch und Steuerlüge, sondern auch dadurch, daß die ArbeitnehmerInnen inzwischen mehr als



drei Viertel der Kosten für die Transferleistungen über Steuer- und Abgabenerhöhungen leisten. Diese Belastung entspricht bei DurchschnittsverdienerInnen bereits 3,3% des Einkommens."

Demgegenüber steht ein massives Steuerentlastungsprogramm für Unternehmen und eine beschämend lächerliche Summe von 30 Milliarden DM netto an privaten Investitionen in Ostdeutschland.

Und das, obgleich, die deutschen Unternehmen 670 Milliarden DM liquide Mittel bei den Banken "geparkt" haben.

Kein Konsens über Lastverteilung

Die Bundesregierung nutzt ihr finanzpolitisches Instrumentarium zur Finanzierung der Einheit nicht oder setzt es falsch ein, sie will deshalb nun die Tarifpolitik zum Zwecke der Schuldensanierung mißbrauchen.

Wulf-Mathies: "Die Bundesregierung hat nicht die Kraft, im Staatshaushalt zu sparen. Sie hat nicht den Mut, die Gruppen zu belasten, die leistungsfähig sind oder an der deutschen Einheit profitiert haben. Die Tarifpolitik kann diese Fehlleistungen nicht kompensieren. Die Bundesregierung verlangt, daß die ArbeitnehmerInnen die deutsche Einheit zweimal finanzieren: einmal über Steuern und Abgaben, zum anderen

über Lohnverzicht. Und das wird nicht funktionieren, weil es zu ungerecht ist."

Es sei auch überhaupt nicht zu verstehen,

—daß es immer noch keinen Arbeitsmarktbeitrag für alle Erwerbstätigen gäbe,

—daß nur die ArbeitnehmerInnen mit Einkommen unter 6500 DM an der Ostfinanzierung beteiligt würden,

—daß der halbwegs gerechte, weil an der Einkommenshöhe gebundene Solidaritätszuschlag auslaufe

—und durch eine Mehrwertsteuererhöhung ersetzt werde, die ebenfalls wieder die kleinen ArbeitnehmerInnen treffe,

—wie auch Telefonsteuer, Mineralölsteuer, Versicherungssteuer, Tabaksteuer usw zu Lasten der Arbeitnehmer gingen.

—Und ab 1993 gebe es dann für Geldanleger auch noch einen Freibetrag, während mit der Steuerreform der "Arbeitnehmerfreibetrag" abgeschafft worden sei.

Wulf-Mathies: "Aus solchen Ungerechtigkeiten kommt auch die Härte der tarifpolitischen Auseinandersetzung. Den Leuten stinkt das allmählich."

EL Salvador:

Radio Venceremos und Radio Farabundo Marti gehen in die Legalität

(was leeft)

Elf Jahre haben die Radiostationen der FMLN aus der befreiten Provinz Morazan und aus San Jose las Flores in Chalatenango Nachrichten, Losungen und Kommuniqués verbreitet.

Mit dem Friedensschluß ändert sich jetzt die Situation für die Radiomachenden grundlegend: Zum erstem Mal können sie legal senden. Ab Anfang April will Radio Venceremos nun direkt aus der Hauptstadt San Salvador senden, obwohl die Situation für die linke Opposition noch immer gefährlich ist; Todesschwadronen sind immer noch aktiv und das Militär sträubt sich mit aller Macht gegen den drohenden Machtverlust.



Die literarische "Freiheit" Babies zu vergewaltigen, ist die "Freiheit" der Männer im kapitalistischen Patriarchat, Babies, Mädchen, Frauen, Lesben zu mißbrauchen, zu benützen, zu vergewaltigen, auszubeuten und zu vernichten.

(BRYONIA/Autonome Lesben)

Es ist Realität, daß jede 3. Frau/Lesbe mindestens 1x vergewaltigt, jedes 4. Mädchen von ihrem Vater, Onkel, Bruder vergewaltigt und sexuell ausgebeutet wurde/wird — am häufigsten zwischen 5-12 Jahren, am zweithäufigsten zwischen der Geburtd und 5 Jahren. Mädchen müssen sich durchschnittlich 5-10 Menschen anvertrauen bis ihnen geglaubt wird. Auch Buben werden vergewaltigt (wenn auch viel seltener als Mädchen) — zu 90% von Männern (Vätern, Bekannten, ...). Jedoch lernt jeder Bub im Patriarchat, daß er seine patriarchale Identität später als Mann aus der Unterwerfung von Frauen beziehen kann — und darf.

Die Männertäter sind überall

Die Täter benutzen Familie, Verwandtschaft, Vertrautheit und Macht im Verwandtschaftsverhältnis, den Deckmantel Familie, Bekanntschaft, die Hierarchie als Vorgesetzte, die Berufsbilder Arzt, Polizist, Lehrer, Richter, Therapeut, ... und organisieren sich als Staat. Um diese ihre Auffassung von "Recht und Ordnung" aufrechtzuerhalten und ausüben zu können, brauchen sie Institutionen, die scheinbar objektiv und voneinander unabhängig übergeordnete Instanzen darstellen, die die Täter schützen und Gewalt legitimieren. Diese Institutionen inszenieren und propagieren die tagtägliche Vergewaltigung von Frauen mittels Gerichtsurteilen, Zeitungen, Werbung, Plakaten, Filmen, Artikeln, Büchern, Pornozeitschriften und (sonstiger) Kunst.

Sexuelle Gewalt ist Folter und Repression

Männer vergewaltigen um Heterosexualität durchzusetzen, Frauen/Mädchen unterzuordnen, gefügig zu machen und in Besitz zu nehmen. Männer empfinden Lust am Wissen und an Darstellungen von Vergewaltigung und bestimmen ihre Identität darüber, daß sie Frauen/Mädchen besitzen und benutzen. Somit ist sexuelle Gewalt auch männliche Identität im Patriarchat.

Die autonome Frauen-Lesbenbewegung macht seit Jahren die Gewalt der Männer gegen Frauen öffentlich.

Wir brechen das Schweigen, das sie von uns erzwingen wollen!

Das Literaturhaus Wien läßt Vergewaltiger lesen

Einrichtungen, wie das Literaturhaus unterstützen Vergewaltiger und beteiligen sich so an der Vergewaltigung von Frauen/Lesben, Mädchen. Sie stellen ihnen einen öffentlichen Raum zur Verfügung, steigern ihren Bekanntheitsgrad, verkaufen Manuskripte, stellen Geld zur Verfügung, ... und fördern Diskussionen über die "wertfreie", "ästhetische" und "unantastbare" Kunst und deren "Freiheit". Die Realität von Frauen/Lesben und Kindern wird verleugnet — ein weiterer Akt von Gewalt und Mißbrauch. Frauen sollen ihre eigene Wahrnehmung von realer Gewalt ausblenden und die Kunst als solche betrachten und bejubeln. Dies widerspricht unserer realen Erfahrung. Legitimiert wird diese Gewalt durch den Akt der Ernennung des Geschriebenen zur Kunst. Dadurch wird alles erlaubt, ohne daß jemand für die literarischen Anschläge die Verantwortung übernehmen muß.

Kunst ist nicht wertfrei. Kunst ist politisch. Herrschende definieren Kunst als wertfrei und abgehoben vom Alltag. Sie berechnen Manipulation mit ein, die als solche nicht wahrgenommen werden soll. Damit wird Kunst zum Herrschaftsinstrument.

In der Vergewaltigerkunst werden keine Tabus gebrochen, sondern Männer (= Täter) Phantasien festgeschrieben. Die sexistische Wirklichkeit wird damit aufrechterhalten bzw. immer wieder neu geschaffen.

"Die Wirklichkeit ist obszöner als die grellste literarische Erfindung."

Mit diesem Satz interpretiert Klaus Amann (Dozent an der Klagenfurter Uni) Karl Kraus. von Goethe fühlt er sich bestätigt, und um Urs Allemanns "Babyficker" gehts.

Amann ist ein Mann.

Allemann ist ein Mann.

Kraus und Goethe sind zwar schon unter der Erde, waren aber auch Män-

ner.

Ich bin eine Frau.

Eine Frau, die "zum Ficken da ist", eine Frau, die vergewaltigt worden ist, eine Frau, die mit jeder Äußerung, mit der man ihr sagt, wann eine Vergewaltigung real ist oder wann sie Literatur, bildende Kunst oder werbetaktisch ist, wieder und wieder vergewaltigt wird.

Je nachdem, wie es den Herren, die sich für "zuständig" erklärt haben, in den Kram paßt, ist ein literarischer Text "authentisch", "ehrlich", von "tiefster Emotionalität" geprägt oder aber ein Text ist "konstruktiv", "literarische Erfindung", "Fiktion".

Und weil sich die Herren immer richten, wie es ihnen paßt, tun sie so,

als ob es ausschließlich Kritik von den "Sittenwächtern", den "Moralaposteln", den "Ewig-Gestrigen" gäbe, ohne zu benennen, daß es die Rechten sind, die mit Bezeichnungen wie "Schmutzfink", "Perversling", "krankhaft", "Entartete Kunst" nach Zensur schreien. Damit schaffen sie, die die Vielfalt des Denkens für sich beanspruchen, einen einzigen Topf, in den völlig undifferenziert unter der Bezeichnung "Moral" jede Kritik landet. "Wer für Allemann ist, ist ein Liberaler, wer gegen ihn ist, ist ein Faschist." Mit dieser Kategorisierung versuchen sie (die Vielfalt-Denker) jede Kritik, die über oberflächliches Kunstgeplapper hinausgeht, den Kunstmarkt und das heuchlerische Getue von der "Freiheit der Kunst" angreift, von vornherein auszuschalten. Damit sitzen sie selber drinnen. Im Moraltopf.

Eines der wichtigsten Macht-Mittel des Faschismus ist Moral. Denn in den Begriff "Moral" kann alles gestopft werden, was nicht erklärt werden will, was nicht hinterfragt werden darf, was tabuisiert werden muß, damit sich kein Widerstand dagegen entwickelt. Und mit dem Begriff "Moral" wird alles auf eine Ebene gehoben, die sich jeder Frage entzieht, die unhinterfragt "das Wahre", "das Richtige", "das Gute" und damit Erstrebenswerte ist.

In der faschistischen Ideologie ist Kunst dazu da, um den Menschen zu "ergötzen", zu "erfreuen", zu "erbauen" und um die Ideologie weiterzuerbreiten. Kunst ist "gesund". Das Be-Schreiben von "Baby-Ficken" ist "krank", "Entartet".

Es ist weder "kranke,



**entartete Kunst" noch
"Fiktion".
Daß Babies verge-
waltet werden, ist
Realität.**

Zu Allemanns "Verteidigung" wird er als einer gelobt, der "Mißstände benennt". Sein Text steht, laut Amann ".... in der literarischen Tradition des Tabubruchs". Ersteres ist eine Lüge, denn Allemann beschreibt aus der Sicht des Täters eine Vergewaltigung nach der anderen. Kommentarlos. OHNE das Gewaltverhältnis, OHNE die Gewalt ZU BENENNEN. Und damit steht er in der literarischen Tradition all jener, die Gewalt gegen Frauen als "lustvoll" und "erotisch" beschreiben, Vergewaltigungen ästhetisieren, den Leser/die Leserin in die Täterrolle zwingen und somit Gewalt gegen Frauen propagieren — in der Tradition der jahrhundertlangen selbstverständlichen/selbstHERRlichen Kriegspropaganda gegen Lesben/Frauen.

**Lesben/Frauen!
Organisieren wir uns
gegen Sexisten,
Faschisten, Rassisten!
Entwaffnet
Vergewaltiger!**

Ein Text ist Literatur ist Kunst. Punktum.

Manchmal treffen wir uns. Gemütliches Zusammensein sagen wir dazu. Wir machens uns gemütlich und haben Spaß. Viel Spaß. Seit dem Spiel, seit sich eine das Spiel ausgedacht hat.

Und das machen wir dann so: eine bringt zwei Eier mit. Für ausreichend Stecknadeln ist gesorgt. Können auch Nägel dabei sein. Die Eier sind weich. Zu weich. Müssen wir fester stecken. Am schönsten ist es im Kerzenschein und der Teekessel pfeift dazu, manche trinken rote Mischung. Zuerst wird geplaudert und die Nadeln gespitzt. Wenn die Eier auf dem Tisch sind — wir rasieren sie ab, sonst sind sie uns zu haarig und das Stechen macht nicht soviel Spaß — dann fängt bald eine an und sticht. An den Eiern hängt ein Mann, irgendeiner läuft bald einmal über den Weg. Wir versuchen ihn unter dem Tisch zu verstauen, der liegt ja im Weg herum. Eierstechen ohne Mann erfüllt keinen Zweck. Also irgendwohin mit dem Mann. So manche von uns hat einen Grund. Einen Vater-, Onkel-, Nachbargrund. In Erinnerung. Den Grund. Aber jetzt haben wir den Spaß. Die Nadeln gehen schlecht unter die Haut. Wir haben den Nachdruck. Blödes weiches Ei. Dann fester, bis sie durch ist, die erste. Sind noch soviele im Körbchen. Frauen sind wir. Nadelkissenstechen zu Hause und im Handarbeitsunterricht gut gelernt. Lange gelernt. Alle tragen Plastikhandschuhe und sind desinfiziert, das gehört dazu. Die meisten haben viel zu Lachen. Jetzt. Mit ihren Plastikhandschuhen. So voll wie das Nadelkissen einer stickenden stopfenden nähenden Frau. Ein richtig üppiges Nadelkissen. So sollen die Eier werden. Nadelkissen rundherum. Wir sind in der Übung und stechen und stechen mit Akribie. Nur keine halben Sachen. Wegen der Umstände der Handschuhe und das Blut macht Dreck, keine Pause. Der nächste kommt bestimmt. Wir stechen Eier. gerne und mittlerweile wirklich gut. Vielleicht ziehen wir einen Faden ein. Den roten Faden, der sich durchzieht durch die Geschichte. Einer Frau. Einer Frau in Erinnerung. An die Geschichten. Den ziehen wir ein in die Eier. Roter Faden durch die Eier, rote Backen so manche Frau. Endlich, endlich einmal. Das Ausmaß, das entspricht. Nicht mehr. Und weil wir nähen gelernt haben. Das Nadelkissen aus der Nähschatulle. Der jeweilige Mann spürt nichts. Das Gejammer geht uns nichts an. Keine will das hören, schließlich gibts gute Musik. Und tratschen. Wenn da einer dazwischen schreit, nein. Eine hat sich ihn ins Bett geholt, eine Spritze war dabei. Seither sagt er nichts mehr, wird eine Zeit lang nichts mehr sagen. Nur seine Nadelkisseneier werden von unserem Spaß erzählen. Im Winter vor flackerndem Kamin haben wirs gerne. Und das Eisbärenfell wird im Anschluß verbrannt. Oder erst nach dem nächsten, wenn sich noch einer in ein Bett gelegt hat. Danach sind wir müde und schlafen erstmal. Lang und ruhig. Gute Nächte. gestochen wird reihum, wenn eine mehr will, kriegt sie das auch. Viele Nadeln in weicher Haut. Zeit für ein neues Spiel.

Mit dem Preis des Landes Kärnten und den Tantiemen gehen wir nachher auf ein Eis, kaufen ein paar neue Hüte und fliegen trotzdem nach Hawaii.

**Offener Brief an die Stadtverwaltung Innsbruck
HAVEN: side by side with park & ride**

Die Stadt Innsbruck "strebt in Ibk-west einen provisorischen Einpendlerparkplatz an" (Stadtnachrichten Mai 92) und stellte der Innwest-Ges.m.b.H. ein Anbot zur Anmietung der "Rettergründe". Der HAVEN-Trägerverein Kulturkontrast möchte seine kulturellen und sozialen Aktivitäten am selben Gelände fortsetzen.

Der HAVEN mit seinen 4 Häusern entwickelte sich in drei Jahren zu einem anerkannten Ort für kulturelle Veranstaltungen, Proberäume, Atelier- und Wohnraum für Innsbrucks/Österreichs Jugend- und Kulturszene.

Seit Herbst 91 nimmt der WIFI-Parkplatz vorübergehend (ca. noch 1/2 Jahr) die Hälfte des Geländes ein. Das Nebeneinander von Kultur und Verkehr existiert also schon.

Unser Vorschlag für die Stadt Innsbruck:

Die Widmung des Geländes wird auf die bestehenden Bedürfnisse abgestimmt: ei-

nerseits Nutzung der vorhandenen Parkplatzfläche für PendlerInnen o.ä., andererseits Erweiterung und Unterstützung eines offenen Kulturraums, das heißt,

- die HAVENZEILE bleibt als Kulturraum erhalten - 5% der Fläche für Kultur, ist das zuviel?

- der restliche Teil des Geländes könnte als Stadtgarten, Erholungsraum und/oder Skateboardplatz - bestenfalls als multifunktionaler Kulturpark - verwendet werden.

Dazu soll die Stadt als Vertreterin der Interessen der Bevölkerung unseren Vorschlag in die Planung einbeziehen!

Damit werden mehrere Probleme auf einen Streich gelöst:

- der Kultur- und Lebensraum HAVEN kann sich weiter entwickeln; über 2000 Unterstützungserklärungen (Stand Anfang Mai 92) untermauern dieses Bedürfnis.

- die Unsicherheit über die Nutzung dieses Geländes wird beseitigt (der Mietvertrag des HAVEN endet am 28. Juni 92)

- Innsbruck gewinnt einen Kulturpark in einer verkehrsüberlasteten Stadtzone - Aufwertung der Peripherie.



- das Verkehrskonzept zur Entlastung der Innenstadt kann in diesem Bereich verwirklicht werden, ohne daß ein abstoßender Riesenparkplatz entsteht. •

Antifaschistischer Aktionstag in Offenhausen.

(einige Antifas)

Seit den 50er Jahren findet in Offenhausen (ist ein kleines Nest in OÖ) jedes Jahr anfang Mai ein Treffen von ca. 300 Nazis statt. Dieses wird vom "Verein Dichterstein Offenhausen" veranstaltet. Über diesen weiß das Doku-Archiv des österreichischen Widerstandes u.a. zu berichten: "Der Verein Dichterstein Offenhausen ist eine wichtige Kleingruppe innerhalb des rechtsextremistischen Lagers. Die rechts-extremistische Einstellung dieses Vereins ergibt sich aus dem Inhalt der Publikationen, ... sowie, aus der politischen Einstellung der teilnehmenden und organisierenden Personen, als auch aus den Querverbindungen zu anderen rechtsextremistischen Vereinigungen. So besteht vor allem eine Querverbindung zur AFP, die erst unlängst durch die Aufdeckung der neonazistischen "Wehrsportgruppe Trenck" in ihrem Vereinsheim in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt ist." Neben dieser alljährlichen Ansammlung "netter" Menschen (unter ihnen auch so klangvolle Namen wie Ewald Althans, Gerd Honsik und Manfred Zierfuß), gibt es in Offenhausen auch den Dichterstein, ein Denkmal mit den Namen von 441 deutschsprachigen DichterInnen, sofern diese keine Juden und Jüdinnen waren oder gegen den NS-Staat schrieben. Der politische Hintergrund dieses braunen Monuments wird durch faschistische Parolen wie z.B.: "Treue für das Vaterland" noch deutlicher. Für autonome Antifas war es klar, daß bei einem Faschotreffen, welches die Nazis selbst als "Teutsche Kulturtage" bezeichnen GegnerInnenenschaft angesagt war. Zwar gibt es eine örtliche Initiative gegen den braunen Verein, jedoch ist deren Widerstand nur gegen den Dichterstein im Ort aber nicht gegen die FaschistInnen an sich gerichtet. Am ersten Mai reisten 60 bis 70 Antifas aus Passau, Linz und Umgebung, und Wien an. Denn heuer fand zum ersten mal ein antifaschistischer Aktionstag statt. Wir gingen geschlossen vor das Gasthaus, in dem sich die Faschos verkrochen hatten, und dort trotz Differenzen über Sinnhaftigkeit und Art der Aktionen mit der ortsansässigen Initiative "Gegenlicht" (s.o.), eine Kundgebung abzuhalten und unser Flugblatt für die Offen-



hausener Bevölkerung vorzulesen. Jedoch machten wir den Fehler nicht gleich in das noch unbewachte Lokal hineinzustürmen und die FaschistInnen direkt mit unserem Widerstand zu konfrontieren. Stattdessen hatten wir aber die Möglichkeit mit ein paar EinwohnerInnen zu diskutieren und sie über die Gegebenheiten, sofern sie noch nicht darüber Bescheid wußten, zu informieren. Die Reaktionen waren gemischt. Nachdem wir mit dem herunterlabern diverser Parolen fertig waren, beschlossen wir zum Dichterstein hinaufzugehen. Unterwegs trafen wir auf zwei treudoofe

Jungfaschos, welche uns auf einem 20 Meter breiten Aufstieg den Weg verstellen wollten, und uns freundlicher Weise darauf hinwiesen, daß dies ein privates Grundstück sei und das Betreten strafrechtliche Folgen haben könnte. Wir bedankten uns für diese aufschlußreiche Information und schoben sie mit fast elterlicher Sorgfalt zur Seite, da wir darauf brannten unseren Kulturdurst zu stillen. Oben angekommen mußten wir feststellen, daß sich das "Kulturdenkmal" in einem äußerst schlampigen Zustand befand, wozu wir noch einiges beizutragen wußten. Munter betätigten sich die autonomen SteinmetzerInnen, und die revolutionären Putzbrigaden überkam die Putzwut, sodaß das dort herumstehende Gestänge von' deutschnationalen Fetzen befreit und diese zur allgemeinen Befriedigung der reinigenden Kraft des Feuers übergeben wurden. Da wir die ersten Gendarmen sichteten zogen wir uns über eine Weide zurück und beschlossen heimzufahren. Unten im Ort erwarteten uns ziemlich entnerfte Dorfgendarmen, welche uns mit entscherten Pistolen für verhaftet erklärten. Ein anderer Trupp von AntifaschistInnen war bereits in ihrer Gewalt und setzte Ausweiskontrolle und Perlustrierung keinen Widerstand entgegen. Aufgrund der teilweisen Unentschlossenheit unseres Blockes gelang es den Bullen einen Antifa aus der Kette zu reißen und als er versuchte zum Block zurückzulaufen, einen Hund auf ihn zu hetzen. Schließlich fielen fünf Mann über den bereits Verletzten her um ihn brutal zu verhaf-

ten. Die Situation verschärfte sich, da die inzwischen ziemlich zahlreichen Bullen nahe am durchdrehen waren ("an Schritt weiter und i schiaß eich üban Haufn!") Originalzitat von Kibara mit Maschinenpistole). Um keine weiteren Verletzten zu riskieren beschlossen wir unseren passiven Widerstand aufzugeben und das kleinere Übel der Perlustrierung zu wählen. Nach diesem unangenehmen Ritual, während dem noch eine weiterer Antifa verhaftet wurde, zogen wir, bis auf die Gefangenen, geschlossen ab. Für die Zukunft bleibt zu Überlegen inwieweit solche Aktionen ohne Koordination und genügende Planung sinnvoll sind und ob sie den Preis von zwei Verhaftungen und sechzig Namen für die Bullen (und wahrscheinlich nicht nur für die) wert sind. P.S.: Die Gefangenen sind bereits wieder frei, achtet auf etwaige Prozesstermine! Ach ja, allerherzlichste und revolutionäre Grüße an den Busfahrer, der, trotz massiver Drohungen seitens der Bullen, uns nicht davonfuhr und sich mit uns solidarisierte! Bis zum nächsten mal! Kein ruhiges Hinterland!

Aus der TATblatt Kochecke:

Hanauer Krawallchen

(Ruhgebietsinfo)

je Blech 15-22 Min. bei 190-210 C

Zutaten: 500 g Mehl, 25 g Hefe, 40 g Zucker, 2 El Malzextrakt, 80 g Butter oder Margarine, 1 gestr. Tl Salz, 1/8-1/4 Wasser oder entrahmte Frischmilch; etwas Salz;

Verarbeitung: Zutaten nach Hefeteig-Grundrezept verarbeiten, gehen lassen und aus je 50 g

längliche, spitz zulaufende Brötchen formen. Auf dem gefetteten Backblech gehen lassen, mit lauwarmen Salzwasser bestreichen und backen.

Herkunft: Ein Erinnerungsgebäck aus Hanau am Main, erstmals um 1600 gebacken. Damals fand in Hanau ein Aufstand (Krawall) statt. Die Brötchen wurden der Überlieferung zufolge an die Anführer verteilt, um sie zu beruhigen.

neu:



die Zeitschrift
über das Baskenland.

ua. in der aktuellen Nr.:
1992: Great Fiesta
Diskussion: Bewaffneter Kampf
Hitlers Kreuzzug in Euskadi
Die Folkmusiker OSKORRI
Interview mit Europarlamentarier

Erhältlich im Abonnement
für mindestens 30 DM.
Oder in gut sortierten
linken Buch & Infoläden.
Probenummer gegen
5 DM-Schein

Bestellungen an:

EUSKADI
INFORMATION 

Postfach 7323 CH - 8023 Zürich

Ständiges internationales Camp zum Schutz der Bevölkerung in den Besetzten Gebieten.

Seit Jahren appelliert das palästinensische Volk an die internationalen Organisationen, Schutzmaßnahmen für die von Israel besetzten Gebiete in die Wege zu leiten.

Die Appelle sind ungehört geblieben, ja internationale Organisationen wie die UNO haben den Golfkrieg und den Massenmord am irakischen Volk ermöglicht und legitimiert. Aus diesem Grund, aber auch weil es erforderlich ist, die Beziehungen zwischen der gesamteuropäischen Radikalen Linken und den Palästinensischen Volkskomitees zu verstärken, ist das Projekt dieses Ständigen Camps entstanden: Hier soll Internationalismus in die Tat umgesetzt werden und sich praktisch bewähren, hier kann ein horizontaler Austausch von radikalen Gruppen der ganzen Welt stattfinden.

Im vergangenen Juni fand in Venedig ein Treffen statt, auf dem die palästinensischen GenossInnen einige Vorschläge machten:

1) Die Präsenz von ausländischen GenossInnen stellt für die Bevölkerung einen direkten Schutz dar. Es hat sich gezeigt, daß dies zu gewissen Zeiten des Jahres Israel erschwert, extrem harte Ausgangssperren oder andere kollektive Strafmaßnahmen

durchzuführen.

2) Das Ständige Camp findet in Form von Arbeits- und Studienbrigaden in den Flüchtlingslagern und palästinensischen Dörfern statt. In Zusammenarbeit mit den Volkskomitees können Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt,

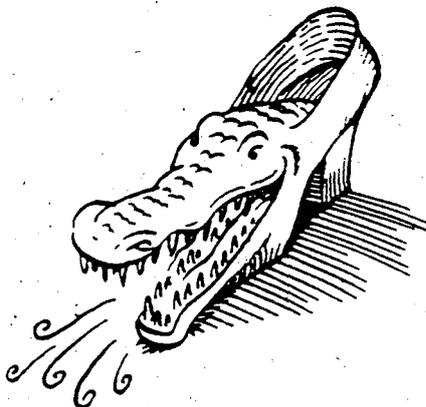
Kinder betreut, Arbeitsgruppen über soziale, kulturelle und politische Themen eingerichtet, neue Einrichtungen gebaut und schließlich auch Kontakte zwischen Einzelpersonen ermöglicht werden.

Wir wollen im folgenden einige Beispiele für konkrete Brigadenarbeit geben; allen Gruppen steht es frei, eigene Ideen und Projekte einzubringen!

A) LEHRER*INNEN. Arbeit in den Kindergärten und Schulen der Dörfer und Flüchtlingslager, mit dem Ziel eines gegenseitigen Erfahrungsaustausches zwischen Brigadist*Innen und Lehrer*Innen und Kindern. Dadurch sollen direkte Kontakte zwischen italienischen und palästinensischen Gruppen, sowie Partnerschaftsprogramme zwischen palästinensischen und ausländischen Schulen geschaffen werden.

bezahlte Anzeige:

Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



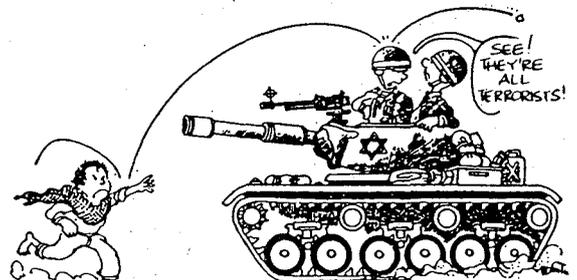
Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA
GehenSitztenLiegen

1000 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 40 83 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 51219 67

gungstherapie.

C) LANDWIRTSCHAFT. Arbeit in den landwirtschaftlichen Volkskooperativen und Einführung neuer Bewässerungstechniken.



By PLANTU in Le Monde (Paris) C&W Syndicate

D) STUDENTEN. Die Universität von Bir Zeit, die jahrelang geschlossen war und trotzdem weiterfunktioniert (sie wurde kürzlich wiedereröffnet) nimmt Studenten auf, die sich in Spezialgebiete einarbeiten wollen, und Dissertanten, die über die palästinensische Gesellschaft arbeiten. Auch von hier aus können Partnerschaften zwischen palästinensischen und ausländischen Universitäten in die Wege geleitet werden.

E) FRAUEN. Die Volkskomitees der palästinensischen Frauen möchten auf internationaler Ebene Austausch mit Frauengruppen und Befreiungsbewegungen. Sie brauchen Materialien und Dokumentationen über die Situation der Frauen in allen Ländern, und sie sind ganz besonders an einer gemeinsamen Organisation von Treffen und Arbeitsseminaren interessiert.

F) FILM/FOTO. Leute, die Tag für Tag in der Intifada kämpfen, haben sich bereit erklärt, bei der Herstellung von Videos und Fotodokumentationen behilflich zu sein.

Das internationale Camp steht selbstverständlich allen offen, auch denen, die einfach nur mal die Situation kennenlernen und darüber zu Hause berichten wollen. Und natürlich den Paten, die die Kinder besuchen wollen, deren Unterstützung sie übernommen haben.

Das Camp soll das ganze Jahr über dauern. Wir haben bereits mit der Organisation begonnen: ein erster Termin wird voraussichtlich im August stattfinden.

ALLE WEITEREN AUSKUNFTE BEIM SOLIDARITÄTSKOMITEE MIT DER INTIFADA (Coordinamento di Solidarietà con l'Intifada), via dei Volsci 26, Rom, jeden Mittwoch von 20 bis 23 Uhr, Telefon: 04-06-491750, Fax: 4400616.

der Kliniken und Gesundheitszentren. Weiters ist Hilfe zu leisten für die eben erst entstehenden Betreuungs- und Förderungsmaßnahmen für Kinder auf dem Gebiet der Physiotherapie und Beschäfti-



Heinz im Glück

W. MOERS '88



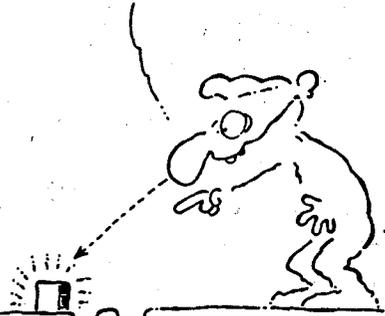
Es war einmal und es ist gar nicht so lange her - da gab es einen Möllersohn namens Heinz, der sein Glück in der großen Stadt zumachen trachtete. Nun fügte es sich aber, daß in den Häuserschlechten der Stadt gerade der Strassenkampf zwischen den Bülleln des Königs und den empörten Volksmassen toste. "Hei", sprach da der Heinz zu sich, "das ist ein fein's Ding: Steine gegen den König schleudern und den lieben Gott einen guten Mann sein lassen!" Sprach's und stieg aktiv in den Strassenkampf ein. Bis... ja, bis dann eines Tages...



Ein Stein, ein Stein, ein Königreich für einen....



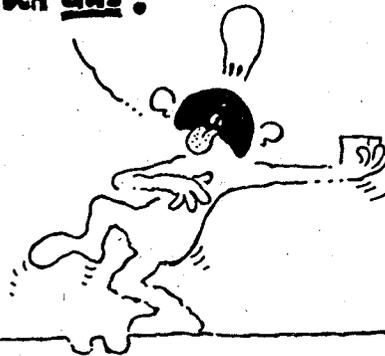
Ahaa!



Daß du mir Keinen Schaden anrichtest! Har, har!



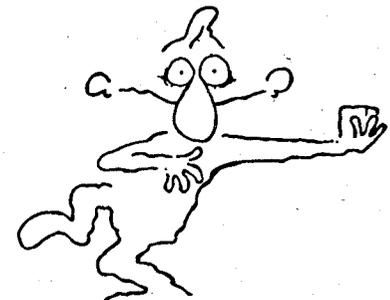
Okay, Bullen, wie schmeckt euch das?



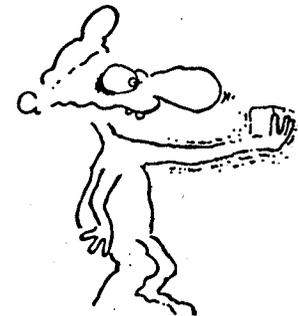
Halt! Bitte wirf mich nicht!!



Was? Was?



Ich bin es nur. Der Pflasterstein.



Hast du was gesagt?

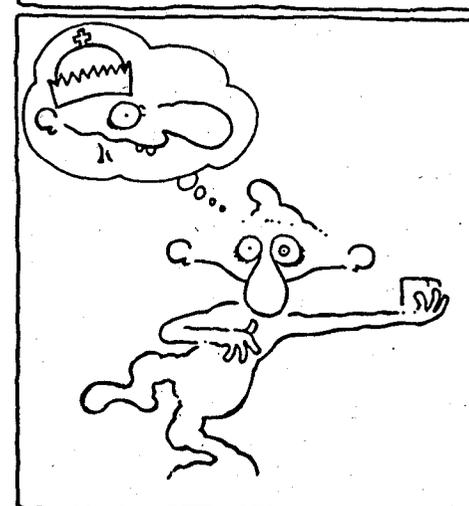
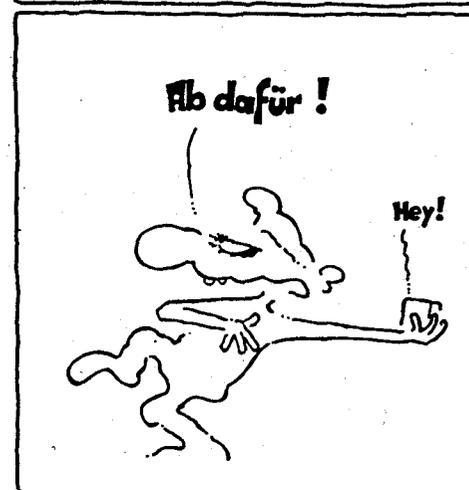
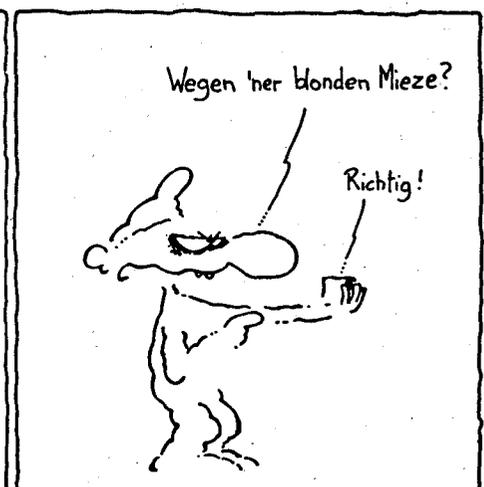
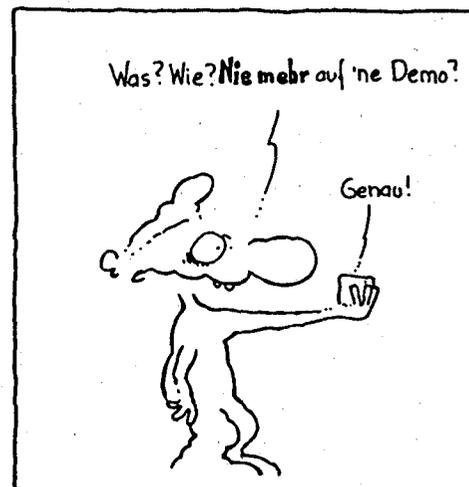


Ich sagte: ich bin es nur, der Pflasterstein. Aber eigentlich bin ich gar kein Pflasterstein. In Wirklichkeit bin ich eine verzauberte Prinzessin!

Ach was?



Ja. Eine böse Hexe hat mich in einen Pflasterstein verwandelt. Aus Neid. Weil ich schöner bin als sie.



Falsches Gutachten des Außenamtes

(AKIN, TATblatt)

Der Prozeß gegen Michael Genner wegen Aufforderung zu "Militärisch strafbaren Handlungen, ohne selbst Soldat zu sein" sollte eigentlich am Donnerstag, dem 14. Mai, um 9.15 im Landesgericht I. Paterre, Saal 12 weitergehen. Genner hatte die Soldaten an der Ostgrenze, die zur Flüchtlingsjagd verwendet werden, zur Befehlsverweigerung aufgerufen. In seiner Verteidigungsschrift hatte er dargelegt, daß die Rückschiebung von Flüchtlingen illegal ist - noch dazu nach Ungarn, daß die Konvention mit Europa-Vorbehalt unterschrieben hat (also nicht für Flüchtlinge aus der "Dritten Welt").

Die erste Verhandlung hatte schon am 15. Mai 1991 stattgefunden, wurde jedoch vertagt, damit dem Gericht die Möglichkeit gegeben werde herauszufinden, ob es den Vorbehalt zur Konvention tatsächlich gibt. Die Richterin schrieb aus Unkenntnis der Sachlage einen Brief an das Außenministerium. ...

Daraufhin verging ein Jahr des Wartens auf eine Antwort des Außenamtes, die sich nun so liest: Ungarn hätte die Konvention nach "Alternative b der Ziffer 1 des Abschnittes B des Art. 1" unterschrieben. Alternative b bedeutet aber: "Ereignisse in Europa und anderswo.", während "a" der besagte Vorbehalt ist.

Genner konnte vorige Woche Akteneinsicht nehmen und las diesen Brief mit Überraschung. Er rief im UNO-Hochkommissariat an - und erhielt dort sofort die Bestätigung, daß das Gutachten des Außenministeriums schlicht und einfach falsch sei. Selbverständlich hat Ungarn die Konvention nach "Alternative a" (nur Flüchtlinge aus europäischen Ländern) unterschrieben. Also den Vorbehalt.

Der Europa-Vorbehalt (den die Konvention nach "Alternative a" ausdrücklich zuläßt) ist eine ausgesprochen rassistische Bestimmung, ein Bestandteil der neuen Mauer, der die "Festung Europa" vor den Folgen der immer größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich schützen soll.

Unterdessen hat das UNO-Hochkommissariat seinerseits beim Außenministerium nachgefragt, woraufhin letzteres offenbar dem Gericht seinen Irrtum einbekennen mußte. Genner erhielt nämlich mündlich (vom Bediensteten, der im Landesgericht die Akten schlichtet) die Auskunft sein Prozeß werde neuerlich verschoben.



bezahlte Anzeige:

Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihren Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hätte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tüchtigkeit chlorfrei gebleichtes Papier zum "reinen Umweltschutzpapier" hochgelobt!

Wir stellen ohne Tüchtigkeit fest, daß es einen ökologischen Gesamtschutz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

papierTIGER

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40, Tel. 5233071, Fax. 523307122.

Ermittlungen

In TATblatt und AZ erschien Mitte letzten Jahres eine Anzeige (Beilage), deren Inhalt "als Aufruf zur Nichtbefolgung von Militärgesetzen" beschrieben werden kann. Eine Liste von Namen bekundete dabei, sich durch eben diesen Aufruf bewußt gegen Gesetz und Ordnung zu stellen. Nach ersten Vorerhebungen durch Polizei und Gerichte folgen jetzt weitere Vorladungen.

(TATblatt, Gruppe für Totalverweigerung)

Nach längerer Zeit wurde die StaatsanwältInnenschaft in dieser Angelegenheit wieder aktiv. Konkret heißt das, daß der Untersuchungsrichter Engelberger (schon bekannt durch eine Hausdurchsuchung und andere "militärnahe" Strafverfahren) einerseits selbst vorlädt (bis jetzt die Veröffentlichung des Aufrufs - also uns vom TATblatt) und andererseits das "Büro für Staatsschutz" um Hilfe gebeten hat, weitere Ladungen durchzuführen. Wie das "Büro für Staatsschutz" die Auswahl der sogenannten "UnterzeichnerInnen" trifft bleibt unklar: wahrscheinlich wurde das amtliche Telefonbuch bemüht. Sollte euer Name also einam auf der Liste ähneln, und ihr erhaltet eine Vorladung, so dürft nebenstehender Kasten für Euch besonders wichtig sein.

Wie gesagt wurden die TATblattvorständInnen (nachdem sie bereits letzten Herbst zur Vorsprache beim "Büro für Staatsschutz" geladen wurden - und auch brav dort waren) nun gleich zum Untersuchungsrichter vorgeladen - und zwar als Beschuldigte. Für uns lag es nahe, daß es sich um die Veröffentlichung des Aufrufs handeln mußte, es kam dann aber ganz anders: Nach einer halben Stunde des Wartens auf den Schriftführer, einigem Chaos (laut der Frau im Vorzimmer des Untersuchungsrichters), und der leidigen Personaliaufnahme stellt der Richter die Frage: "Wollen Sie etwas zur Sache sagen?". Als Beschuldigte wäre es naheliegend gewesen einfach Nein zu sagen, allerdings wollten wir doch vom Richter wissen, worum es eigentlich geht. "Sie stehen auf einer Liste, einem Aufruf, etc.", "Sie sind Unterstützter des Aufrufs", "Sie sind Proponent der Aktion, des Komitees, na eben wie vor einer Bundespräsidentenwahl", "Sie haben gespendet", ... der Richter war sichtlich überhaupt nicht mit der Sachlage befaßt, betonte aber, es gäbe Listen, die alles beweisen. Auf unsere Frage, ob wir diese Listen sehen könnten, meinte er "Leider hat der Staatsanwalt den Akt, und eigentlich sollte der Akt ja da sein, und zwar schon längere Zeit, aber ...". Sein letzte Versuch "Sind Sie in irgendeinem Verein tätig" - "Ja in irgendeinem" beendet das Gespräch.

Das interessante daran ist, daß der Akt bis jetzt nicht aufgetaucht ist, bzw. vom Staatsanwalt zurückgehalten wird (?), und wir in die vom Richter genannten Spendenkarteien, UnterstützterInnenlisten, usw. nicht Einblick nehmen konnten. Wir bezweifeln allerdings die Existenz solcher Listen, was das Verschwinden des Aktes erklären würde.

LEGAL, ILLEGAL, nicht egal

Da die Angelegenheit mit den Vorladungen jetzt für die der Unterzeichnung des Aufrufs (siehe nebenstehenden Artikel) Verdächtigten aktuell wird, aber auch weil's jedeN irgendwann betreffen kann, sollen euch folgende Infos einen kurzen Leitfaden zum Verhalten bei solchen Ladungen geben.

(TATblatt, "Legal-Illegal", Gruppe für Totalverweigerung)

LADUNGEN

Bis auf die "VeröffentlicherInnen" (Medien) erhielten alle Leute bis jetzt Vorladungen von der Bundespolizeidirektion Wien. Die folgenden Ausführungen gelten für Ladungen vor Bundespolizeibehörden, Bezirkshauptmannschaften, Magistrate und Sicherheitsdirektionen bzw. vor Gerichten als Beschuldigte. Solltet ihr in Angelegenheit "Aufruf..." eine Ladung zur Bundesgendarmerie, oder solltet ihr als Zeuge geladen werden, oder solltet ihr weitere Fragen haben, so wendet euch an untenstehende Adresse.

Wenn es sich um eine einfache "Ladung" handelt oder wenn in einem Ladungsbescheid keine Zwangsmittel angedroht werden ("Ihre zwangsweise Vorführung veranlaßt wird" durchgestrichen ist), ist es am besten, gleich gar nicht hinzugehen. Die zwangsweise Vorführung eines Beschuldigten ist grundsätzlich nur vor das Gericht zulässig. Es kann Euch nichts geschehen, außer daß eine neue Ladung ins Haus flattert, unter Umständen gleich vor den Untersuchungsrichter.

BESCHULDIGTE

Wenn ihr trotzdem hingehet und als Beschuldigte ("gegen Sie Erhebungen zu führen") geladen seid, ist am besten folgendes: Nehmt eine Vertrauensperson mit (Par. 43 Abs 3 VstrG). (Wir dann aber nicht immer mit hineingelassen, Anm. des Tipps). Bei Gericht werden statt einer Vertrauensperson nur zwei Gerichtszeugen zugelassen. Falls Euch nicht ohnehin die vorliegenden Verdachtsgründe mitgeteilt werden, fragt danach (Par. 199 Abs 2 StPO = Strafprozeßordnung).

Dann könnt ihr jede Aussage zur Sache verweigern (Par. 33 Abs 2 und 3 und Par. 203 StPO), sowie die Unwahrheit sagen. Die Falsche Aussage eines Beschuldigten (sowohl vor einem Strafgericht, als auch vor einer Verwaltungsbehörde) ist nicht strafbar. Wenn ihr als Beschuldigte geladen seid, sagt nicht als Zeugen aus. Die Justiz betrachtet es ohnedies nicht mehr als mildernenden Umstand, wenn andere belastet wurden, auch wenn die Polizei es behauptet.

PERSONALIEN - WAS MÜSST IHR ANGEBEN

Bei jeder Vernehmung (eigentlich ja nur bei der ersten, außer der Akt ist grad nicht greifbar, Anm. des Tipps) werdet ihr zu Beginn nach Vor- und Zuname, Zeit und Ort der Geburt, Staatsbürgerschaft, Familienstand, Beruf, Wohnort, sowie nach Vermögens-, Einkommens- und Familienverhältnissen (Unterhaltspflichten) gefragt. Deinen Beruf brauchst Du nur allgemein anzugeben: "Angestellter Lehrling". VORSICHT! Sowohl bei Polizei als auch bei Gericht fragen Sie nach einigem mehr, und jedeR sollte sich schon aus prinzipiellen Gründen fragen, ob es nicht besser ist, solche "unzulässigen" Fragen nicht zu beantworten. Erstens ist es eine Frechheit, daß nicht darauf hingewiesen wird, daß einige Fragen nicht beantwortet werden müssen, und zweiten betreibt gerade die Polizei oft die bewußte Taktik, solche Fragen mit Fragen ganz anderer Natur zu vermischen: "Name der Eltern? - Kennen sie Frau soundso...". (Der Untersuchungsrichter meinte letzstens übrigens, es sei ihm in seiner 20-jährigen Karriere noch nie passiert, daß jemand den Namen der Eltern nicht angeben hätte - das zeigt wieviel wir noch ler-

nen müssen.) Daß es sich nicht um ein läppisches Spielchen handelt, zeigt auch, daß die Polizei zwar ganz selbverständlich danach fragt, es aber nicht angeben werden muß, wo ihr beschäftigt seid. Also: Dienstgeber, Schule, Eltern müssen nicht angegeben werden!

AKTENEINSICHT

Vor der Einvernahme als Beschuldigte vor der/m UntersuchungsrichterIn könnt ihr Akteneinsicht nehmen, was auf jeden Fall anzuraten ist. Die Behörde muß euch ermöglichen, davon unentgeltlich Kopien anzufertigen. Bei den meisten Strafgerichten kann die Aktenabschrift in der Einlaufstelle bestellt werden.

Bei den polizeilichen Voruntersuchungen gibt es allerdings keine Möglichkeit zur Akteneinsicht.

DAS PROTOKOLL

Es dürfte klar sein, daß das Protokoll gelesen werden sollte, bevor ihr es unterschreibt. Leider ist das in den emotivell aufgebrauchten Momenten nach einer Vernehmung nicht immer leicht, sodaß es sich lohnt, sich Zeit zu lassen! Im Protokoll sollte nicht fehlen, auch wenn der/die RichterIn oder BeamtIn meint, "soetwas" gehöre nicht in ein Protokoll. Mißverständliche Wendungen gehören zum manipulierten Alltag - verlangt eine Berichtigung bevor ihr unterschreibt.

Es ist übrigens passiert, daß das Protokoll nicht zur Unterschrift vorgelegt wurde, und dann einfach in Vertretung vom vernehmenden Polizisten unterschrieben wurde, mit dem Zusatz "Unterschrift verweigert".

Wenn ihr zum konkreten Fall mehr Infos braucht, wendet Euch bitte, an die Gruppe für Totalverweigerung, Schottengasse 3a/59, 1010 Wien.

Damit das Verfahren nicht im stillen Kämmerlein der Staatspolizei und Gerichte geführt wird, sondern in der Öffentlichkeit empfiehlt obige Gruppe die Aussage zu verweigern, und sucht weitere Personen, die Bereit zu einer Selbstanzeige sind, damit es zu einem großen Sammelverfahren kommen kann. Wer als "BekannterIn" über seine Erfahrungen und Motivationen berichten will, kann das in einigen Sätzen an obige Gruppe senden, die die Texte als Kleinanzeigen in befreundeten Medien veröffentlicht.

Übrigens existiert ein Buch, das einen ganzen Haufen wertvoller Tipps in rechtlichen Fragen gibt: LEGAL,ILLEGAL - rechtliche Tipps für mündige Bürger/innen in der Edition Sandkorn

Und für die Ängstlichen noch eine letzte Info: "Die Zahl der Anzeigen, eingeleiteten Strafverfahren und Freisprüche nach den Paragrafen 259, 260, 281 und 282 StGB (um die es im konkreten Verfahren geht, Anm.Tb) konnte nicht erhoben werden (Im Gegensatz zu den Verurteilungen, Anm.Tb). (...) Während des Zeitraumes von 1980 bis 1989 gab es keine Verurteilungen wegen "Wehrmittelsabotage" (Par. 260 StGB) und wegen "Aufforderung zu mit Strafe bedrohter Handlung und Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlungen" (Par 282 StGB). Wegen "Beteiligung an militärisch strafbaren Handlungen" (Par. 259 StGB) gab es im Jahr 1986 eine und 1989 zwei Verurteilungen. Wegen Aufruf zum Ungehorsam gegen Gesetze" (Par. 281 StGB) erfolgte in den Jahren 1985 und 1989 jeweils eine Verurteilung. (...) Ob bei den Verurteilungen wegen Par. 281 ein Zusammenhang mit dem wehr- oder dem Militärstrafgesetz bestand, konnte nicht festgestellt werden." (Aus einer parlamentarischen Anfrage der Grünen an den Justizminister).

TEXT DER "REVOLUTIONÄREN ZELLEN" ZUM TOD EINES GENOSSEN

"Heute, da mir die Freunde sterben,
sterben nur ihre Namen.

Wie kann man hoffen, aus dieser gewalttätigen Grube,
mehr als die Buchstaben zu erfassen,
Schimmer von zärtlicher Schwärze,
Pfeile bis in die vertrauten Erinnerungen?

Nur wer außerhalb der Gefängnisse lebt,
kann die Leichen ehren, sich reinwaschen,
vom Schmerz über seine Toten mit Umarmung,
mit Nagel und Träne die Grabsteine kratzen.

Die Gefangenen nicht: Wir pfeifen,
damit das Echo die Nacht beschwichtigt."

Roque Dalton



GERD ALBARTUS IST TOT

Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war.

Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 1987 wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, bleiben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen Überwachung und Schikane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einem gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.

Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den falschen trifft, ist ins Leere gegangen. Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich Kapitulation vor weitgehenden Ansprüchen.

Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Moment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattsam bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffneter kämpfender

Gruppen zusätzliche Nahrung erhielten. Überdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine detaillierte Informationen über die konkreten Zusammenhänge besteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkrieges und einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zuge-spitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztlich hinweggesetzt. Die berechnete Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen, als die offen geführte Kontroverse um unsere inneren Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den

Kulissen die Widersprüche aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder

Zum Abdruck des RZ-Papers "Gerd Albartus ist tot": Trotz kontroverser Meinungen über den Abdruck der übermäßig langen Erklärung der RZ zum Tod eines Genossen findet ihr sie nun doch in diesem TATblatt. Auch auf die Gefahr hin, daß nur wenige von euch sich über diese doch sehr ausführliche Erklärung drüber trauen, da ein gewisses Vorwissen über die Grundkonzeption der RZ und deren Praxis das Verständnis des Textes wesentlich erleichtert. Die kurze Geschichte der RZ + Rote Zora und deren Konzeption in Kurzform soll den Einstieg in den Text dabei jedoch erleichtern.

Doch für einen Teil von uns, werden in diesem Paper zentrale Fragen revolutionärer Politik so offen und ehrlich ausgesprochen und zur Diskussion gestellt, das wir uns entschlossen haben, sie abzudrucken.

Auf dieses Paper gibt es mittlerweile, so weit wir das überblicken können, sechs sehr unterschiedliche Reaktionen, die bei uns in kopierter Form zu bestellen sind. Schreibt uns einfach, wenn ihr diese Reaktionen/ Diskussionsbeiträge haben wollt, und legt einen 20-Schillingschein bei.

Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht werden wird, die uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnten sie sich in den Archiven der Stasi nach Belieben bedienen. Wer uns eine ausweichen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist - egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Zielfahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der unseren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen,

dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Und wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zustand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerd's persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, daß seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben - sie liegen jenseits seiner Person.

Im Gegenteil - es gehört zu den makabren Paradoxien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstandes durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstandes begreift.

2. Entebbe

Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerd's Verhältnis zu ihr, ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor Jahren einen Schlußstrich

gezogen haben. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge auch dort geändert haben, über schauen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hat ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried "Bonni" Böse, angehörten, einen Airbus der Air-France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung von mehr als 50 GenossInnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangengehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel Aviv gestartet und auf dem Weg nach Paris in Athen zwischen gelandet war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei.

Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkräftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde, waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastro-

phe zu ermessen, die Entebbe für uns bedeutete. Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgeworfen wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen. Um zumindest die Option auf die Befreiung gefangener GenossInnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Verlauf der Geiselnahme und die Rolle unser GenossInnen darin blockieren lassen. Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sie die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgerufen hatten. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten und wir wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen: eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Risiko umfaßt, das einzelnen GenossInnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manöverkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren, und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus Unvorsicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung politischer Gefangener, im Verlaufe ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propagandaaktion angenommen hatte, die sich vor allem Idi Amin zunutze zu machen verstanden hätte. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß noch die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit dem Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren. Soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrunde legten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugentführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichts desto weniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später im Fall Mogadischu selbst unter Linksradikalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher Urlauber zur Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundge-

Revolutionäre Zellen und Rote Zora (RZ): Grundkonzeption und kurze Geschichte

Die fast ausschließlich in der BRD operierenden "Revolutionären Zellen" und die Frauenguerilla "Rote Zora" verfolgten und verfolgen ein Konzept der "Basisguerilla". Die Revolutionären Zellen schreiben rückblickend auf ihre Gründungsgeschichte und Bezug nehmend auf das von ihnen vertretene Konzept ihrer Zeitschrift "Revolutionärer Zorn" vom Jänner 1981: "1973, als eine Revolutionäre Zelle erstmals namentlich Verantwortung für Aktionen übernahm, hatten wir uns am Ausgangspunkt von Massenbewegungen geglaubt, die die verschiedensten Sektoren der Gesellschaft erfassen würden: Anzeichen gab es zur Genüge: die Streikwelle, die auf Fabriken wie Hoesch, Mannesmann, John Deere, Klöckner usw. überschwappte, signalisierte eine für deutsche Verhältnisse neue Qualität in den Kampfzielen und -formen; an den Fabriken der Kölner-Fordwerke kristallisierten sich die Umriss einer sich autonom organisierenden multinationalen Arbeiterklasse heraus. Gleichzeitig gäbe es in den Stadteilen. Die Jugendbewegung hatte mit dem Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren wieder ein verbindendes politisches Motiv gefunden, das bis in die kleinsten Provinzstädte widerhallte. In den Hausbesetzungen kam der radikale Wille zum Durchbruch sich tatsächlich das zu nehmen, was wir brauchten. Mit dem Schwarzfahren, dem Ladenklau, dem Krankfeiern wurden andere Formen des Widerstandes als eminent politisch entdeckt, die bis dahin lediglich privaten Charakter hatten. Zur gleichen Zeit entwickelte sich in rasantem Tempo mit der Frauenbewegung eine neue gesellschaftliche Kraft, die vor 1975 in der Kampagne gegen den 218 ihren Höhepunkt als überregionale Bewegung erlebte. (...) Vor diesem Hintergrund entstand ein Konzept des bewaffneten Kampfes, in dem die Stärkung der Masseninitiativen durch klandestine operierende autonom und dezentral organisierte Gruppen der erste Schritt

eines langwierigen Angriffs auf die Macht sein sollte. Was wir wollen, ist die Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. Wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenspektive geschaffen." (Revolutionärer Zorn Nr. 1, Mai 1975)

Zu Beginn der 80er Jahre intervenierten Revolutionäre Zellen mit verschiedenen Aktionen und Diskussionsbeiträgen in die sozialen Bewegungen (Anti-AKW-, Startbahn- und Friedensbewegung). So führten sie über zwei Jahre eine intensive Kampagne gegen den Bau der Startbahn-West durch, bei der Baufirmen angegriffen wurden. Bei dem Versuch mit Schüssen in die Beine eine "Bestrafungsaktion" gegen den damaligen hessischen Wirtschaftsminister Karry durchzuführen, wurde dieser tödlich verletzt, was die ausführende Revolutionäre Zelle zu einer Selbstkritik veranlaßte.

Seit Mitte der 80er Jahre verstärkte sich in den Zielen und den inhaltlichen Begründungen von RZ-Aktionen eine internationalistisch-anti-imperialistische Grundtendenz: Im Zusammenhang mit Streiks von südkoreanischen Frauen gegen die billig entlohnte und sexistische Ausbeutung in Zweigwerken des bundesdeutschen Adler-Konzerns wurde von der Roten Zora auf Zweigstellen dieser Bekleidungsfirma eine Anschlagsserie durchgeführt. Seit 1986 führen Revolutionäre Zellen und Rote Zora verstärkt Aktionen gegen Institutionen und Personen durch, die für menschenverachtende staatliche Flüchtlingspolitik verantwortlich sind.

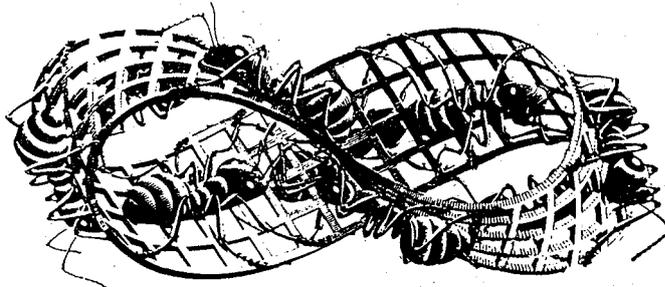
(Leicht verändert übernommen aus: Gerónimo, Feuer und Flamme. Edition ID Archiv im IISG/ Amsterdam) •

biet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt, und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.

Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt haben, wofür wir einmal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof knapp 10 Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tage-Krieges geschrieben hatte: "Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein." Der schwarze September der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zu eigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltslose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam geschulten Antimperialismus, mit dem er nicht zu messen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungspolitik. Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die Schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf die Unterscheidung zwischen Oben und Unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir allenfalls dessen Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsmacht zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionäre Lösungen. So begreiflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten - wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauf löslichen Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Politik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser waren umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie (Vergessen-Anm. TATblatt) und an moralischer Desintegration, das in

dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen, oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antiozionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen - sie entschuldigen



nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

Wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halbherziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige.

Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe auch tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwellender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, und in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zur Folge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzeptes gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab - daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es auch ist, uns einen Mangel an Bewußtheit zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sie Entebbe - und sei es nur in Form eines schleichenden Gifts einer Lebenslüge - dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir

nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitieren. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir Bedenken hatten, ob sie vielleicht anti-jüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und Gehalt des Antiozionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, erschien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumentationen des linken Antiozionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab und weil wir uns selbst schwerten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstrukten zu brechen, die eine Aktion wie Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, in der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten. Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen bzw. unseren Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch, aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß an seine Grenzen.

Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Bedingtheit der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Begriff der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sie die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich - kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach - all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung

neue Kämpfe ausbrechen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfes selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte. Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufriedengeben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternahmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskrieges auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen - einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehören wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten - kurzum - brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der KOMINTERN bestimmt und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der 70er Jahre eingehandelt hatten.

Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammen gekämpft haben, sondern das - sicherlich sehr pauschale - Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem von Seiten antiimperialistischer Gruppen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich - trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlossenheit vor dem Gegner - schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung führen können. Über den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden - wie auch sonst - die Machtverhältnisse.

3. Verschiedene Wege

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gegessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag

später im Januar 1977 verhaftet worden. Vom Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf Jahren Knast verurteilt. Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation: Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hatte er für sich nie akzeptiert.

Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis hin zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenbefreiung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt hätten. Überdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben: er sei jetzt schon eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer "reinen Weste" hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere "Selbstkritik" in Sachen Entebbe und danach sei ein Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär sein und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniere nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.

Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt, weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiver Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: "Scheißegal, muß laufen." Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg - gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Ver-

einnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkeiten damit und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade, weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst, wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linker, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanen Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europa-Parlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung wie mit verbotenen Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte. Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung "Bruchstücke" und pflegte zugleich in einträglicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema AIDS und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels und übernahm Aufgaben, die sich aus seinem internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politzene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

4. Keine Rechtfertigung

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte.

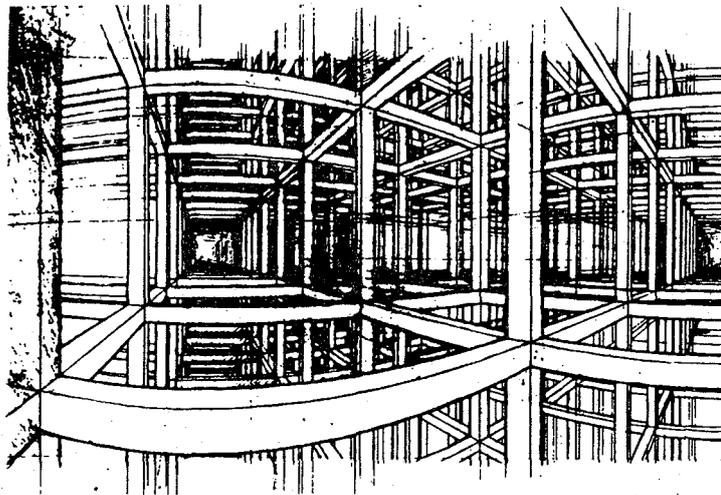
Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter Bedingungen, die

von der Logik des Kriegs diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, vom permanenten Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt ist, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropoliten Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vorgeründigt und kurzichtig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärte die zu Opfern ihrer Handlungen, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Kriegs, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfassbar sind, ist ein Zynismus, der von den Bildern der Leidtragenden Lüge gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung einer einzelnen Gruppierung fällt, für den palästinensischen Widerstand für seine Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich - unter Berufung auf die Niedertucht des Gegners - dessen Methoden zueigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist: daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache diene, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei. Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringt und sie um jeden Preis verteidigt, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommuni-

sten jahrzehntelang gegenüber den "romantischen Verlierern" aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordenen Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie gegen Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der KOMINTERN sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze



des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung, weil dem eine bewußte politischen Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zueigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unserem eigenen Bestreben und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt darüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Es war Anlaß uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren.

Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unsern Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irrweg. Die Selbstgefälligkeit und Heuchelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall aufzufindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf wel-

chen Leichenbergen der von ihnen geschätzte westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt, als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann

die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebenso wenig lösen, wie der emphatische Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen Orts versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen

orientieren, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview gesagt: "Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den (...) viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder." Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklung zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das bededete Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.

Revolutionäre Zellen, Dezember 91



betrifft: TATblatt

Hallö,

Aus drucktechnischen Gründen erscheint das TATblatt diesmal schon wieder nicht pünktlich nach unserem angestrebten 14-Tages-Rythmus. Vor die Wahl gestellt entweder 5 Tage früher zu erscheinen oder schon wieder eine längere Pause einzulegen (der nächste Drucktermin wäre erst so um den 25. Mai gewesen), haben wir uns entschieden diese Nummer vorzuverlegen (!!). Das hat für uns ziemlich viel Streß bedeutet und für euch bedeutet das (nur) 20 Seiten. Besonders ärgerlich ist, daß einige Artikel wohl erst in den nächsten Tagen eintreffen werden, im Vertrauen auf die reguläre Erscheinungsweise.

Fehlen tut diesmal soviel ich weiß ein Artikel zum Honsik-Prozeß (Zeitmangel) und ein Bericht zur Antifademo in Offenhausen am 1. Mai. Beides kommt hoffentlich zur nächsten Nummer. (...denkste: s. S. 8)

Wenn euch sonst was abgeht, dann müßt ihr nur mal eure Infos oder Artikel schicken. Vieles (vor allem aus der "Provinz") erfahren wir einfach nicht. Habt keine Hemmungen, es muß nicht immer ein fertiger Artikel sein. Ein kopierter Zeitungsartikel (aus einer Lokalzeitung) wäre auch schon mal ganz nett.

BaBa

Das TATblatt braucht noch immer Geld, um die Prozeßkosten von

ÖS 30.000,-

bezahlen zu können.

Wir bitten daher um zahlreiche große und kleine Spenden auf unser Konto P.S.K. 754.7212, lautend auf "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt".

"Ich fordere die Einstellung aller Verfahren gegen Wehrdienst- und Totalverweigerer und die Streichung aller Stafbestimmungen aus Wehr-, Militärstraf- und Zivildienstgesetz. Damit dies geschieht, fordere ich alle auf, Militärgesetze nicht zu befolgen."

Dieser Aufruf wurde bereits von 250 Personen unterzeichnet und in mehreren Zeitungen veröffentlicht — die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen alle Beteiligten wegen "Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze".

Die UnterzeichnerInnen antworten auf die Verfolgung mit "Sachverhaltsdarstellungen":

"Weil kein Mensch sechs oder acht oder zwölf Monate braucht, um einen anderen Menschen beizubringen, wie man richtig schießt, sondern, wie man auf den Richtigen schießt."

Gerhard Ruiss, Schriftsteller

Kontakt: Gruppe für Totalverweigerung
1010 Wien, Schottengasse 3a/59
Spenden: BAWAG Kto. 03510 761 706

Termine:

So. 24.5.92, Resselpark-Paniglgasse, ab 13 Uhr: "Wir haben keine Wahl!" Kundgebung/Straßenfest

Mal abgesehen vom (Un)Sinn des Bundespräsidentenamtes, von der Farce der bürgerlichen Scheindemokratie; wenn sich an diesem Tag Streicher und Klestil der Stichwahl stellen, so bleibt uns nur die "Wahl", dieselbe aktiv(!) zu verweigern.

Beide stehen für EG-Anschluß, Sozialabbau, die Festigung der "AusländerInnen-Halt-Front" an Österreichs Süd- und Ostgrenze, für das herrschende (rechte) Klima im Land.

Machen wir unser NEIN öffentlich!!!

Fr. 29.5.92, EKH (Wielandg.-Ecke Gudrunstr., U1 Keplerplatz) Einlaß 19h, Beginn: 20h

Heiko, Peter und Hubert laden zu Konzert und Disco wegen Cash für Berufungsverhandlung (remember INL + Länderbank)

Es spielen auf: *B.O.R.B. *Non Serviam *Katafi *Müllitant, ev. Überraschungsband; außerdem große Tombola;

Völker, hört die Signale!

18 Uhr

- Mo: Radio COD
Ohne Rücksicht auf Hörgewohnheiten
- Di: Radio BREIFREI
Vernachlässigte österreichische Musik
- Mi: Radio BOILER
Frauen, Medien, Politik, Musik
- Do: Radio HOYZENPLOTZ
Musik, Politics, Fun, Sports
- Fr: Radio TU
Mehr als Studentenpolitik
- Sa: Radio SISTERS IN VOICE
Weibliches und männliches

19 Uhr

- Mo: Radio BASSENA
Urwälder Bassenatratsch
- Di: Radio ZORN / OTTAKRING
Literatur und Hörspiel
- Mi: Radio FILZLAUS
Das erste Wiener Schwulenradio
- Do: Radio IISANEI
Features und Musikerporträts
- Fr: Radio SUKKUBUS
Satanische Ätherbeschmutzungen
- Sa: Radio RUBBER
Hip Hop & Ragamuffin

20 Uhr

- Mo: Radio BAZERK
Musik
- Di: Radio AUDIMAX
Magazin für Studenten und andere
- Mi: Radio RAMS
Rebel Army Of Militant Sheep
- Do: Radio URBAN-AL(L) / WUNDERLAND
Musik / Alice und ihre FreundInnen
- Fr: Radio DURUTTI
Anarchisches
- Sa: Radio BLUE NIGHT
Musik

MONTAG 7 Uhr

FRÜHSTÜCKSRADIO
Zwei Stunden Frühstück ohne Werbung

SONNTAG 14 Uhr

GEMEINSCHAFTSSENDUNG
Live: Interviews, Gespräche und Publikumsbeteiligung

Alle auf UKW 103.3 MHz
Spenden: CA 6064-02-45381

Weitere Piraten auf noch unbesetzten Sendeplätzen sind willkommen.

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern heraussuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:
TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 56 80 78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr
TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastellfeldgasse 34/16
TATblatt-Linz: Kontakt: Infoladen Linz; 4020 Linz; Pfarrgasse 34/16
TATblatt-Innsbruck: existiert nicht mehr; d.h. keine Treffen mehr!!!!

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 140,— für 10 Ausgaben oder S 270,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 200,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: **NEUNEUNEUNE!** (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.



1. Mai: Tag der EG-Opposition

AktivistInnen aus EG-oppositionellen Kreisen haben im Zuge des Mai-Aufmarsches der SPÖ auf spektakuläre Weise ein Transparent über den Köpfen unserer staatstragenden SPÖ-PolitikerInnen entrollt. Obwohl selbst Bürgermeister Zilk diese peinliche Gelegenheit zum Anlaß nahm, um in Anspielung auf amerikanische Verhältnisse ein Loblied auf unsere Demokratie zu singen, fand es der ORF nicht der Mühe wert, dieses Ereignis auch den österreichischen FernsehzuseherInnen mitzuteilen. In Ö3 und Wien Regional war - wenn auch mit stöckernder Stimme - darüber life berichtet worden. Es ist für uns klar, daß die ORF-Zensur System hat und genau in die EG-Informationenkampagne der Regierung paßt: Motto: 6 positive Meldungen zur EG können höchstens eine kritische ertragen. Dennoch war dieses Aha-Erlebnis für die SPÖ-Granden ein starkes Lebenszeichen der EG-Opposition. Und ermutigt, über weitere Zuspitzungen der medialen Abstumpfung erfolgreich entgegenzutreten.

Weitere Informationen und Material zum Thema EG kann bei folgender Adresse angefordert werden: **Kritisches EG-Informationsbüro, Schottengasse 3A/1159, 1010 Wien, Tel.: 53 51 106.**

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Kream (Kärntnerpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl Kuku (Linke Wienzeile 98) ● Platten Rave Up (Hofmühlgasse 9) **WIEN 7:** ● Platten Why Not (Kirchengasse) **WIEN 8:** ● EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgassee 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo/Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl CI: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● Utopia (Tschamlerstr. 3) **SCHWERTBERG:** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand April 1992